

# Video: Bildung in der Migrationsgesellschaft

24.04.2017

Das Video zum Gewerkschaftstag macht deutlich: Migration muss als gesellschaftliche Normalität und Aufgabe aller wahrgenommen werden. Pädagoginnen und Pädagogen erzählen, worauf es jetzt ankommt – die GEW wird es auf dem Gewerkschaftstag aufgreifen.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit Deutschlands wird grundlegend von Migration geprägt. Migration ist gleichzeitig eine der wichtigsten aktuellen globalen Herausforderungen. Beides gilt nicht erst seit der Ankunft zahlreicher Flüchtlinge in Deutschland, auch wenn diese Bildungseinrichtungen sowie Pädagoginnen und Pädagogen vor besondere Herausforderungen stellt. "Wir wussten kaum vorher, wie viele Kinder kommen, wann sie kommen. Sie waren dann einfach da, und jeder musste spontan und flexibel reagieren", sagt Grundschullehrerin Sandy Teubel. Realschullehrerin Imke Kettwig ergänzt: "Die sind teilweise unbegleitet und auch ohne jegliche Schulbildung." Ein neuer Film der GEW zeigt auf, mit welchen Aufgaben Bildung in der Migrationsgesellschaft verbunden ist. Deutlich wird: Lehrkräfte wünschen sich mehr Zeit und multiprofessionelle Teams. Eine Mutter betont: "Es ist absolut wichtig, Flüchtlingskinder zu integrieren. Das ist unser Leben, wie es jetzt kommt, wie es wird, und wie es schon ist."

Die GEW fordert auf dem Weg zu guter Bildung für alle die Anerkennung von Migration als Normalität sowie den Abbau sozialer Ungleichheit. Dafür setzt sich die Bildungsgewerkschaft auch gesellschaftspolitisch ein und verstärkt ihre Bündnisarbeit. "Gute Bildung soll die ökonomische, politische, rechtliche, soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen ermöglichen und gesellschaftlichen Spaltungen entgegenwirken", heißt es in einem Antrag an den Gewerkschaftstag der GEW.

*"Bildung. Weiter denken!" lautet das Motto des 28. Gewerkschaftstages der GEW, der vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg stattfindet. Er ist das höchste Beschlussgremium der GEW und bestimmt die Ziele ihrer Arbeit für die nächsten vier Jahre. 432 Delegierte beraten und entscheiden über die Position der GEW zu bildungs- und tarifpolitischen Themen. Neben Anträgen zu politischen Agenda stehen auch die Wahl des geschäftsführenden Vorstandes auf dem Programm.*

Der Antrag mit dem Titel "Bildung in der Migrationsgesellschaft. Weiter denken!" fordert, Bildung müsse unabhängig von Herkunft und Status sein, was in Deutschland noch nicht der Fall sei. Verlangt werden unter anderem ein möglichst schneller Zugang zu Bildung für alle Kinder und Jugendlichen sowie mehr multiprofessionelle Teams in Bildungseinrichtungen.

Konkret plädiert der Antrag an die GEW beispielsweise für:

- den Abbau bürokratischer Hürden hinsichtlich einer zügigen Umsetzung der Schulpflicht ab dem ersten Tag beziehungsweise in der Erstaufnahmeeinrichtung
- den Abbau bürokratischer Hürden zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen
- die Schaffung eines rechtssicheren Aufenthalts unabhängig des Duldungssystems für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende
- die Schaffung eines gleichberechtigten Zugangs zu bildungspolitischen Fördermöglichkeiten
- den Ausbau von Sprachkitas, des Ganztags und der Schulsozialarbeit sowie der Integrations- und Sprachkurse für Erwachsene
- eine bessere Verzahnung von Bildungsinstitutionen mit der Kinder- und Jugendhilfe
- herkunftssprachliche Bildungsangebote sowie Dolmetscher und Bildungslotsen in Kitas, Schulen und Jugendämtern
- Deutsch als Zweitsprache/Deutsch als Fremdsprache als eigenes Unterrichtsfach
- die Entwicklung und Bereitstellung von mehrsprachigem Unterrichtsmaterial

Um darüber hinaus den Anteil von Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, müssen junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gute Schulabschlüsse erreichen und sich für Lehrberufe interessieren. Zur Förderung dieses Ziels müssten entsprechende Konzepte entwickelt werden, fordern der Bundesausschuss Migration, Diversity, Antidiskriminierung (BAMA) und der BA Sozialpädagogische Berufe im Antrag 3.12.

Dazu schlagen sie unter anderem vor,

- die Möglichkeit zu schaffen, versetzungs- und abschlussrelevante Zeugnisnoten in den Herkunftssprachen zu erzielen
- Herkunftssprachen als zweite Fremdsprache bis zum Abitur anzuerkennen
- das Angebot an Studiengängen in Herkunftssprachen flächendeckend auszubauen
- Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte gezielt pädagogische Professionen zu informieren
- Interkulturelle Kompetenz als Pflichtmodul in der sozialpädagogischen Ausbildung und in der ersten und zweiten Phase der Lehrkräftebildung einzuführen

**Neben dem Thema Bildung in der Migrationsgesellschaft werden in Freiburg auch Anträge zu weiteren Themen beraten werden, z. B. Inklusion, Kitaqualität und eine bessere Bezahlung von Grundschullehrerinnen.**